

Datum: 03.03.2022

ÄNDERUNGSANTRAG

zum Ersetzungsantrag des Oberbürgermeisters

interfraktionell

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

SPD-Fraktion

Fraktion DIE LINKE

Dissidenten-Fraktion

Gegenstand:

P0091/21 E-Petition/Petition "Dresden soll sicherer Hafen werden!"

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat nimmt die Petition „Sicherer Hafen“ im folgendem Sinn an:

Präambel:

Dresden hat vor 77 Jahren leidvoll erfahren müssen, wie die Katastrophe des Krieges, wie Elend und Not über die Stadt hereinbrachen. Doch obwohl der Krieg von Deutschland ausging, haben Menschen in der ganzen Welt unserer Stadt die Hand in Frieden und Freundschaft gereicht. Und heute ist das wiederaufgebaute Dresden eine Stadt, die für Versöhnung zwischen den Völkern steht, und die Frauenkirche das Symbol, dass aus Feinden Freunde werden können.

Aus dieser historischen Verantwortung heraus, bekennt sich die Landeshauptstadt Dresden unmissverständlich zu ihrer Verantwortung für Frieden und Menschenrechte. Dazu gehört auch die Hilfe und Unterstützung für Menschen, die vor dem Schrecken des Krieges fliehen und ~~unverschuldet~~ in Not geraten.

Vor diesem Hintergrund nimmt der Stadtrat die Petition Sicherer Hafen an, *bekannt sich zur Potsdamer Erklärung der „Städte Sicherer Hafen“* und beschließt:

1. Die Stadt Dresden steht hinter lokalen Projekten und Organisationen, *zum Beispiel der NGO Mission Lifeline*, die sich um die Versorgung, die Perspektive einsetzen und die Rechte von Menschen engagieren, die ~~unverschuldet~~ in Not ~~geraten~~ sind, sich auf der Flucht befinden oder die von Fluchtursachen bedroht sind.

2. Die Stadt Dresden engagiert sich in ihren Netzwerken, zum Bsp. dem Deutschen Städtetag oder dem Netzwerk „Mayors for Peace“, dafür, dass die Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Union Mittel und Wege finden, dass das Sterben an den europäischen Außengrenzen, z.B. im Mittelmeer, ein Ende findet.
3. In vielen Teilen der Welt leiden Menschen unter bewaffneten Konflikten und Hungersnöten. Die Stadt Dresden engagiert sich deshalb im Rahmen ihrer Möglichkeiten gemeinsam mit lokalen Projekten und Organisationen dafür, dass Fluchtursachen in der Welt abgebaut werden. Dazu gehört insbesondere die Städtepartnerschaft mit Brazzaville.
4. Die Stadt Dresden steht vorbehaltlos zu ihren Verpflichtungen, geflüchtete Menschen aufzunehmen und unterzubringen. Gerade angesichts des Krieges in Europa wird die Stadt Dresden unbürokratische Mittel und Wege finden, Geflüchtete aufzunehmen und zu versorgen. Die Stadt Dresden ~~ist bereit wird in Notsituationen bereit sein~~, mehr Geflüchtete aufzunehmen, als sie nach dem sog. Königsteiner Schlüssel zugewiesen bekommen würde.
5. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Freistaat Sachsen, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um auf aktuelle humanitäre Herausforderungen angemessen zu reagieren und dem Stadtrat darüber zu berichten.
6. Die Stadt Dresden engagiert sich weiterhin und langfristig dafür, dass geflüchtete Menschen mit einer Bleibeperspektive aktiv in die Stadtgesellschaft integriert werden.
7. Der Stadtrat beschließt 100 000 Euro zur Verfügung zu stellen, um Hilfsangebote für die Ukraine zu koordinieren und lokale Organisationen kurzfristig zu unterstützen. Der Oberbürgermeister wird beauftragt mit der ukrainischen Gemeinschaft in Dresden zu beraten, wie die Landeshauptstadt Dresden weitere logistische Hilfe leisten kann.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Christiane Filius-Jehne
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

André Schollbach
Fraktion DIE LINKE.

Dana Frohwieser
SPD-Fraktion

Agnes Scharnetzky
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Johannes Lichdi
DISSIDENTEN-Fraktion